

## **Bericht**

### **des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung**

#### **über den Antrag 398/A(E) der Abgeordneten Dr. Kurt Grünewald, Josef Broukal, Kolleginnen und Kollegen betreffend 100 Millionen Euro als Sofortmaßnahme für die Universitäten und den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF)**

Die Abgeordneten Dr. Kurt Grünewald, Josef Broukal, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Antrag am 26. Mai 2004 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die Bundesregierung hat beim Reformdialog am 15. April 2004 eine forschungspolitische Offensive angekündigt. Die Struktur der Forschungsförderungslandschaft soll neu organisiert und ein eigenes ‚Haus der Forschung‘ eingerichtet werden. Vor allem im Bereich der Grundlagenforschung scheinen dabei jedoch zentrale Bereiche wenig durchdacht. Außerdem besteht der Verdacht einer politisch motivierten Einflussnahme in bestehende und funktionierende Strukturen der Forschungsförderung. Die Kernprobleme der Grundlagenforschung in Österreich, nämlich die nicht vorhandene Planungssicherheit und die im internationalen Vergleich zu geringe Budgetierung des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, werden durch diese Offensive jedenfalls keineswegs gelöst.

Der unabhängige Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) wird nun durch politisch besetzte Aufsichtsräte in bewährter Proporzmanier mit Gewährsleuten der Regierungsparteien besetzt. Das ist ein plumper Eingriff in die Autonomie des FWF und sicher nicht das, was international üblicherweise als Weltklasse bezeichnet wird. Unverständlich ist auch, dass der für wirtschaftsnahe Forschung zuständige Minister Gorbach doppelt so viele Aufsichtsräte bestellt wie die für die Grundlagenforschung zuständige Ministerin Gehrler.

Mit 100 Mio. Euro Jahresbudget ist der FWF im EU-Vergleich massiv unterdotiert. Das finnische Pendant ist mit annähernd 200 Mio. Euro, der Schweizerische Nationalfonds sogar mit 300 Mio. Euro budgetiert. Und die Planbarkeit geht nach wie vor nicht über das Jahresbudget hinaus. Offenbar fehlt der Bundesregierung jedes Verständnis für das Funktionieren und die Bedeutung der Grundlagenforschung. Strukturreformen lösen jedenfalls keine budgetären und strategischen Defizite.

Bei einem am 7. Mai 2004 im Parlament auf Initiative des Wissenschaftssprechers der Grünen, Kurt Grünewald, gemeinsam mit dem Wissenschaftssprecher der SPÖ, Josef Broukal, veranstalteten Runden Tisch zur Forschungspolitik in Österreich kamen betroffene WissenschaftlerInnen und RepräsentantInnen wissenschaftlicher Gesellschaften Österreichs zu Wort, um auf die prekäre Situation der Grundlagenforschung in Österreich aufmerksam zu machen. In fast allen wissenschaftlichen Disziplinen kommt es zu einer verstärkten Abwanderung junger WissenschaftlerInnen ins Ausland, da die Forschungslandschaft Österreichs keine ausreichenden Perspektiven bietet.

Trotz mehrfacher Hinweise von ExpertInnen, dass in vielen Forschungsbereichen eine moderne Grundausstattung fehle, wurden keine diesbezüglichen Maßnahmen getroffen, um die Infrastruktur auf internationales Niveau zu heben. Der FWF soll ein eigenes, additives Budget für Infrastrukturkosten, die im Rahmen konkreter Forschungsprojekte anfallen, bekommen. Diese Aufgaben und zusätzliche Finanzierungen von Schwerpunktprojekten dürfen jedenfalls nicht auf Kosten des ohnehin bereits äußerst knappen Budgets des FWF gehen.“

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung hat den erwähnten Antrag in seiner Sitzung am 14. Mai 2004 in Verhandlung genommen.

An der sich an die Berichterstattung durch den Abgeordneten Dr. Kurt **Grünewald** anschließenden Debatte beteiligten die Abgeordneten Josef **Broukal**, Dr. Gertrude **Brinek**, Dr. Kurt **Grünewald**, Mag. Dr. Magda **Bleckmann**, Mag. Johann **Moser**, Carina **Felzmann**, Mag. Werner **Kogler**, DDr. Erwin **Niederwieser**, Dr. Andrea **Wolfmayr**, Heidrun **Walther**, Martin **Preineder**, Peter **Bayr**, Johann **Kurzbauer**, Mag. Andrea **Kuntzl**, Mag. Karin **Hakl**, Kai Jan **Krainer**, Mag. Dr. Alfred **Brader** und Dipl.-Ing. Elke **Achleitner** sowie der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Vizekanzler Hubert **Gorbach** und die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Elisabeth **Gehrer**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2004 06 09

**Dr. Gertrude Brinek**

Berichterstatterin

**Mag. Dr. Magda Bleckmann**

Obfrau